

Was durch die Heimatvereine im ostpreußischen Abstimmungsgebiet erreicht wurde

Als zu Beginn des Jahres 1919 die Polen neben anderen Geschichtslügen das Märchen von dem geschichtlichen Zusammenhang Masurens und Ermlands mit Polen in die Welt setzten und der berüchtigte Renegat Generalsuperintendent Bursche im Auftrag der wildesten Gruppe der polnischen Annektionspolitiker nach Paris ging, um dort mit allen Künsten lügenhafter Geschichtsdarstellung und entstellten Statistiken den polnischen Charakter Masurens zu beweisen, setzte im südlichen Ostpreußen eine starke nationale Protestbewegung gegen die polnische Begehrlichkeit ein. Überall in Stadt und Land wurden Versammlungen abgehalten als Bekundungen des Volkswillens gegen polnische Ansprüche. Auch die Zagen und Trägen wurden aufgerüttelt. In vollster Einmütigkeit wurde vor der Welt Zeugnis abgelegt für echtes Deutschbewusstsein der nordöstlichen Grenzmark des Reiches.

Die spätere Entwicklung hat es bewiesen, wie nötig die mit so ursprünglicher Kraft einsetzende nationale Bewegung war. Hätte man sich nur auf die Einsicht und den geschichtlichen Sinn der feindlichen Staatsmänner verlassen und wäre man tatenlos bei dem Glauben geblieben, die Entente würde einsehen, dass eine Provinz, so voll von geschichtlichen Erinnerungen und von Denkmälern deutscher Kultur wie Ostpreußen, unmöglich dem wechselvollen und kulturzerstörenden Schicksal aller Gebiete unter polnischer Herrschaft preisgegeben werden könnte, so hätte man die bittersten Enttäuschungen erlebt. Während die Polen schon frohlockten und von einem vollen Erfolg der Bursche'schen Mission sprachen, entschied sich in Paris die Zukunft Masurens und Ermlands in einem den polnischen Wünschen weniger günstigem Sinne: Beide von den Polen heiß begehrten Landschaften wurden Abstimmungsgebiet.

Mit recht hatten die vielen bei den Protestkundgebungen sich betätigenden Volksführer sich gesagt, dass eine Bewegung, die so viel schöpferisches Wollen in sich schloss, nicht nur dem Augenblicksbedarf dienen darf, sondern ihre gesammelte Kraft einem Dauerwerk zuführen müsste, das deutsche Volk und Land gegen die Raubgelüste des nimmermüden bösen Nachbarn schütze. So entstand der Deutsche Heimatdienst mit seiner Bezirksstelle in Allenstein und seinen Nebenstellen in den Kreisstädten. In festgeformter Organisation strahlte er mit seinen Kirchspielsobsmännern und unzähligen, in allen Ortschaften treu und zuverlässig arbeitenden Vertrauensmännern über das ganze Abstimmungsgebiet aus. Den Entstellungen und Lügen der mit blindwütigem Hass gesättigten polnischen Zeitungen musste in Flugblättern und Zeitungsartikeln entgegengetreten werden.

Ein wirksames Aufklärungsmittel schuf man sich in den „Ostdeutschen Nachrichten“, die in volkstümlicher Sprache zweimal wöchentlich zu allen von der

regsamen polnischen Agitation ins Volk geworfenen Fragen Stellung nahmen und allen Zeitungen der ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiete beigelegt werden. Neben dem geschriebenen kam auch das gesprochene Wort zu seinem Recht: Hunderte vom Ostdeutschen Heimatdienst ausgesandte Vortragsredner durchzogen das Land, um jedermann Gelegenheit zu geben, die Frage „Deutsch oder polnisch?“ in sich zu verarbeiten.

Schon längst war in der bodenständigen Bevölkerung der Wunsch nach einem vereinsmäßigen Zusammenschluss aller Gleichgesinnten laut geworden. Er wurde dringender, als die im Lande vorhandenen, erst in den letzten Jahren vor dem Kriege eingewanderten Träger der polnischen Bewegung in Zeitungs- und mündlichen Äußerungen es so hinstellten, als ob sie, die Polen, zu Sachwaltern der Entente berufen seien, und als ob die nach dem Friedensvertrage zur Verwaltung des Landes und zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung einzusetzende interalliierte Kommission von ihnen gegängelt werden sollte. Die polnische Phantasie trieb üppige Blüten: Nicht nur alle Beamten, sondern auch allen in der deutschen Arbeit stehenden und allen einer deutschen Gesinnung verdächtigen Männer wurde Ausweisung und strenge Verfolgung angedroht, wenn sie nicht rechtzeitig sich um polnische Gunst bemühten. Die so oft wiederholten polnischen Einschüchterungsversuche begannen schon hier und da unerwünschte Erscheinungen zu zeigen. Es ist nicht jedem gegeben, zum Märtyrer seiner Überzeugung zu werden. Manche Ängstliche zogen es vor, das Land ihrer Väter zu verlassen und außerhalb des Abstimmungsgebietes Wohnung zu nehmen.

Im weitverästeten Vertrauensmännersystem des ostdeutschen Heimatdienstes war bereits ein breiter Unterbau für die neue Vereinsarbeit gegeben. Der bewährte Grundsatz des Heimatdienstes, zu seiner Arbeit Vertreter aller politischen und kirchlichen Richtungen und aller Stände heranzuziehen, wurde auch in der neuen Tätigkeit mit Erfolg durchgeführt.

Im Kreise Allenstein wurde erstmalig der Versuch gemacht, Heimatvereine zu gründen. Sie waren als unpolitische Gebilde gedacht. Ihre Aufgabe war, den Heimatsinn zu pflegen und durch ihre Tätigkeit die Erhaltung der Heimat zu erreichen. Alles, was der Begriff Heimat in sich birgt, drohte im polnischen Sumpf unterzugehen. Deshalb kam es von selbst dazu, dass alle, die ihre Namen in die Mitgliederlisten der Heimatvereine eintrugen, damit auch ein Treugelöbnis für die Deutscherhaltung der Heimat verbanden. In wenigen Wochen waren über 1100 Heimatvereine mit über 200 000 Mitgliedern gegründet. Überall im Abstimmungsgebiet begann ein Wetteifer im Ausbau der Vereine und in der Gewinnung von Mitgliedern. Auch aus gefährdeten, mit nationalpolen durchsetzten Gemeinden ertönten Rufe nach Bildung von Vereinen.

Die Mitgliederlisten gaben überraschenden Aufschluss über die Stärke des Deutschbewusstseins nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Bezirken.

Durch den Eintritt in den Heimatverein fühlte der Einzelne sich gesichert und geborgen gegen polnische Ränke. Durch Heimatfeste, aufklärende Lichtbildervorträge und sonstige Veranstaltungen wurde dem Vereinsgedanken Auswirkung nach allen Seiten verschafft.

Die Heimatvereine, deren Mitgliederzahl inzwischen auf 250 000 gestiegen ist, umschlingen gleich einem geistigen Band nahezu alle Stimmberechtigten. Sie bilden den gemeinsamen Boden, auf dem Angehörige aller Stände, Parteien und Konfessionen sich treffen. Nur ein Gedanke beherrscht alle: Wie erhalten wir unsere Heimat deutsch? Dem Einfluss der Heimatvereine ist es zu verdanken, dass wir im Abstimmungsgebiet nichts von der Zerklüftung bemerken, von der weite Teile des deutschen Reiches heimgesucht sind. Als im Mai 1920 die Vertreter der größten deutschen Tageszeitungen nach Ostpreußen kamen, erschlossen sich ihnen die Verhältnisse im Abstimmungsgebiet wie neue Offenbarungen und der Wunsch wurde bei ihnen rege, dass die Gesundung des deutschen Volkes sich in ähnlicher Weise vollziehen möchte, wie in den Landschaften Masuren und Ermland.

Eine Probemobilisierung der Kräfte der neuen Heimatvereine bot der Beginn der Tätigkeit der Abteilung für Volksabstimmung des Ostdeutschen Heimatdienstes in Carlshof bei Rastenburg, die sich mit der Ermittlung der vielen nach dem Reiche abgewanderten stimmberechtigten Ostpreußen zu befassen hatte. Die leitenden Mitglieder sämtlicher Heimatvereine zogen im Abstimmungsgebiet von Haus zu Haus und ließen sich die Adressen von verzogenen Angehörigen aufgeben. In kurzer Zeit kamen ganze Stöße von Verzeichnissen nach Carlshof, die dort den Grundstock bildeten für die weitere Ermittlungsarbeit und die es ermöglichten, dass nicht nur 170 000 stimmberechtigte Ostpreußen im Reich sich bereit erklärten, an der Abstimmung teilzunehmen, sondern dass sie auch ihre Anträge über Carlshof und die mit Carlshof in Verbindung stehenden Organisationen - Deutscher Schutzbund und seine Zweigstellen, Geschäftsstelle des Deutschen Heimatdienstes in Berlin und die vielen Ostpreußenvereine im Reich - an die Abstimmungsausschüsse richteten und dass alle zur Abstimmung Fahrenden vorbereitete Wege, Verpflegung und Unterkunftsmöglichkeiten fanden.

Ihre gemeinsame Spitze besitzen die Heimatvereine Masurens und Ermlands im Masuren- und Ermländerbund, dessen Aufgabe es ist, die organisierte Bevölkerung des Abstimmungsgebietes bei wichtigen Anlässen zu vertreten. So trat er bereits im November 1919 mit Wünschen der bodenständigen Bewohner Südostpreußens hinsichtlich der Abstimmung hervor, als die Polen wieder einmal neue Behauptungen über Art und Tag der Abstimmung aufstellten.

Eine Abordnung des Bundes, die sich aus Abkömmlingen führender alter masureischer und ermländischer Familien zusammensetzte, verschaffte sich bei der Militärmission der Entente in Berlin Gehör.

Sie erhielt die Zusicherung, dass den Wünschen hinsichtlich Beschränkung der fremden Besatzungstruppen, Übernahme der Sicherheitswehr für den Polizeidienst und baldigen Termin der Abstimmung, Rechnung getragen werden würde. Ebenso erfolgreich war das Auftreten des Masuren- und Ermländerbundes im Dezember 1919, als die polnischen Zeitungen berichteten, dass Generalsuperintendent Bursche zum amtlichen Vertreter der polnischen Regierung im ostpreußischen Abstimmungsgebiet ausersehen sei. Der Bund, als berufener Vertreter der einheimischen Bevölkerung, protestierte gegen Bursches Aufenthalt in Masuren und Ermland, weil Bursche durch die heftige und beleidigende Sprache in seinen Aufrufen und sein provokatorisches Auftreten das nationale Gefühl der Masuren verletzt und seine Hinkunft Anlass zu Ausschreitungen der mit Recht aufgebrachten Bewohner des Abstimmungsgebietes gegeben hätte. Bei der Entente verschloss man sich der Einsicht nicht, dass Bursches Zulassung in das umstrittene Gebiet die Geduld der Bewohner auf eine harte Probe gestellt haben würde. Sein und seiner polnischen Auftraggeber Plan, als amtlicher polnischer Vertreter auch gleichzeitig die polnische Agitation zu leiten, musste fallen gelassen werden. Es darf nicht Wunder nehmen, dass der Hass der Polen gegen alles Deutsche sich in besonders abstoßender Form gegen die Heimatvereine äußerte. Erkannten sie doch bald, dass durch die Vereine ein starkes Bollwerk gegen die mit Lug, Trug, Drohung und unbeschränkten Geldmitteln arbeitende polnische Propagandaerrichtet sei. Wiederholt liefen sie Sturm gegen sie. Zu den der interalliierten Kommission gegenüber am stärksten betonten Wünschen der landfremden polnischen Führer gehörte auch die Forderung nach Auflösung der Heimatvereine. Unermüdlich wurde gehetzt und denunziert und kein Mittel – selbst Drohungen nicht – unversucht gelassen, um die interalliierte Kommission zu einem Einschreiten gegen den Masuren- und Ermländerbund und seine Heimatvereine zu veranlassen. Die Mitglieder der interalliierten Kommission waren aber zu klug, um nicht einzusehen, dass sie in dem Masuren- und Ermländerbund und seinen Vereinen ein Instrument in Händen haben, mit dem die von Allen ersuchte Ruhe und Ordnung im Abstimmungsgebiet auch ohne größere Mengen von Besatzungstruppen zu erzielen sei. So ist es durch die kluge Gründung des Ostdeutschen Heimatdienstes und seiner führenden Männer – der geschäftsführende Vorstand besteht aus den Herren Fabrikbesitzer Thiel, Regierungsrat Dr. Marks, Molkereidirektor Worgitzki und Borowski, neben denen seit über einem Jahr zahlreiche Mitarbeiter in Allenstein und im ganzen Abstimmungsgebiet in treuer und aufopfernder Tätigkeit innere Geschlossenheit aller heimattreuen Empfindenden und Ausgleich aller Gegensätze erstreben – gelungen, Großes und Dauerndes zu erreichen

Adolf Eichler.

Verleger, bis 1925 Hauptgeschäftsführer des Heimatdienstes Allenstein